



über die 2. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 11. April 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Herr Hinterseer
Herr Kaczmarek
Herr Kusber
Herr Maidorn
Herr Theis

Beratendes Mitglied F.D.P.

Frau Oertel

Beratende Mitglieder

Herr Böhm
Frau Diester
Herr Kampmann
Herr Krampe
Herr Suk
Frau Dr. Winzer-Milo

Verwaltung

Herr Dunker
Herr Güldenhaupt
Herr Peske
Herr Woitas

Gäste

Herr Ciftci
Frau Nikbin, RAA

entschuldigt fehlten

Herr Brumberg
Herr Büchel
Herr Kalle
Frau Lübke
Herr Sudkamp
Herr Töpfer
Herr Treese

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie die anwesenden Damen der Presse.

Danach stellte sie den rechtzeitigen Zugang der Einladungen fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die nicht dem Rat angehörigen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, soweit dies nicht bereits in einer der vorherigen Sitzungen geschah, verpflichtet.

Frau Dyduch fragte nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Da dies nicht der Fall war, wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Integration von ausländischen Jugendlichen Bericht der RAA und des Vorsitzenden des Ausländerbeirates der Stadt Kamen, Herr Ciftci hier: Antrag der CDU-Fraktion	
2.	Verbesserung des Angebots für Jugendliche in Südkamen hier: Antrag der SPD-Fraktion	78/2000
3.	Beteiligung von Nachbarn, Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben im Bereich der Spielplätze und Freizeiteinrichtungen hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2000 und Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2000	77/2000

- | | | |
|----|---|---------|
| 4. | Beauftragung der Werkstatt Unna GmbH mit der Durchführung der Maßnahme "Öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten" an der Bergstraße, Händelstraße, Wittenbergerstraße und am Kirchplatz in 59174 Kamen
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung | 57/2000 |
| 5. | Änderung der gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)
hier: Änderung der Richtlinien des Jugendamtes der Stadt Kamen für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes | 76/2000 |
| 6. | Freizeitmaßnahmen des Jugendamtes in den Sommerferien 2000
hier: Bericht der Verwaltung | |
| 7. | Vorstellung des Geschäftsberichtes des Jugendamtes für das Jahr 1999 | |
| 8. | Kite 2000
hier: Bericht der Verwaltung | |
| 9. | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Integration von ausländischen Jugendlichen
Bericht der RAA und des Vorsitzenden des Ausländerbeirates der Stadt
Kamen, Herrn Ciftci
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Dyduch** stellte die Referenten Frau Nikbin von der RAA - Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien - und Herrn Ciftci - Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Kamen - vor.

Frau **Nikbin** gab zuerst eine Übersicht über die Geschichte der Zuwanderungen, die Entwicklung der Ausländergesetzgebung sowie der Ausländerpädagogik in Deutschland. Hierbei wies Frau Nikbin darauf hin, dass es in Nordrhein-Westfalen 27 Beratungsstellen der RAA gäbe. Sie stellte die Immigrationsentwicklung seit Beginn der 50er-Jahre bis zum heutigen Tage dar und wies insbesondere im Rahmen der Ausländergesetzgebung daraufhin, dass bei der Erteilung des Bleiberechtes den Behörden seit jeher ein großer Ermessensspielraum eingeräumt werden würde.

In Bezug auf die Ausländerpädagogik wies Frau Nikbin daraufhin, dass es hier eine Entwicklung von der Kompensierung sprachlicher und kultureller Defizite bei ausländischen Kindern und Jugendlichen hin zu einer interkulturellen Pädagogik mit dem Ziel des Kennenlernens und Verstehens der unterschiedlichen Kulturen gäbe. Anhand einer der Niederschrift beigefügten Übersicht stellte sie die Probleme dar, wie sie punktuell in einzelnen Kommunen des Kreises Unna auftreten. Sie stellte beispielhaft die Projekte im Kindergarten Ludwig-Schröder-Str. 20 sowie an der Hermann-Ehlers-Gesamtschule vor.

Frau **Bartosch** betonte, dass das Erlernen der Muttersprache eine allseits anerkannte Grundlage zum Erlernen von Fremdsprachen sei und wundere sich, dass für die iranischen Kinder an der Hermann-Ehlers-Gesamtschule keine andere Förderung möglich sei.

Herr **Kampmann** erläuterte, dass zurzeit an 55 Schulen im Kreis Unna muttersprachlicher Unterricht gegeben werde; die Nachfrage seitens der Kinder bzw. deren Eltern jedoch zurückgehe. Im muttersprachlichen Unterricht werden nur anerkannte Sprachen berücksichtigt. Farsi (persisch), wie im Falle der iranischen Kinder an der Hermann-Ehlers-Gesamtschule, gehöre nicht hierzu.

Herr **Weigel** ergänzte, dass an der Hauptschule, an der er unterrichte, die ausländischen Eltern bewusst ihre Kinder vom muttersprachlichen Unterricht abmelden würden.

Frau **Nikbin** führte aus, dass die von Herrn Kampmann und Herrn Weigel beschriebene Tendenz ihrer Ansicht nach darauf zurückzuführen sei, dass beim muttersprachlichen Unterricht keine Gleichstellung mit den anderen Fächern erfolge, die Teilnahme und der Erfolg hierbei nicht versetzungsrelevant sei und es hierdurch an einer Anerkennung des Faches mangle.

Herr **Suk** wies auf ein anderes Problem im Bereich der Kindertageseinrichtungen hin. Er erklärte, dass ein Teil der Einrichtungen lange Wartelisten ausländischer Kinder habe, da diese Einrichtungen an die Grenzen der Aufnahmekapazität für ausländische Kinder gelangt seien. Er regte an zu prüfen, ob ausländische Kinder in entferntere Kindertageseinrichtungen mit einem Kleintaxi gefahren werden könnten.

Herr **Güldenhaupt** teilte hierzu mit, dass der Fachbereich Jugend und Soziales im vergangenen Jahr eine Briefaktion an alle ausländischen Eltern gemacht habe, wodurch der Anteil ausländischer Kinder in den Kindertageseinrichtungen wesentlich erhöht werden konnte. Er bezweifelte, dass durch diesen erzwungenen Quartierwechsel die Integration wesentlich gefördert würde.

Herr **Weigel** stellte anhand des Beispiels türkischer und vietnamesischer Kinder zur Diskussion, ob die türkischen Familien die Integration überhaupt wollen.

Frau **Nikbin** stellte hierzu fest, dass man diese beiden Gruppen nicht vergleichen könne. Die vietnamesischen Flüchtlinge seien sofort durch die Caritas aufgefangen und gefördert worden. Die türkischen Kinder seien hingegen zuerst gar nicht berücksichtigt worden, da ihr Zuzug ursprünglich nicht eingeplant worden sei. Später sei die Förderung nicht ausreichend betrieben worden, so dass sich eine Art Halbsprachlichkeit herausgebildet habe. Die hat zur Folge, dass diese Kinder weder die deutsche noch die Muttersprache richtig lernen würden.

Herr **Kampmann** wies auf eine weitere Gruppe von imigranten Kindern - Kinder von Asylbewerbern - hin. Diese würden von dem deutschen Schulsystem gar nicht erfasst, was dazu führe, dass sie teilweise bis zur Berufstätigkeit keine Schule bzw. diese nur in unzureichendem Maße besuchen würden.

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass in diesem Zusammenhang umfangreiche Gespräche zwischen Schule und Jugendhilfe laufen würden, um hier eventuell Hilfen anbieten zu können.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** stellte fest, dass die Förderung ausländischer Kinder in den Kindertageseinrichtungen beginnen müsse. Dies zeige nicht zuletzt die Projekte der RAA in den Kindertageseinrichtungen in Kamen.

Frau **Nikbin** ergänzte hierzu, dass die Motivation der Eltern gerade in den Kindertageseinrichtungen besonders groß sei.

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass im Rahmen der Sozialraumkonferenzen das Projekt in der Kindertageseinrichtung Ludwig-Schröder-Str. 20 initiiert worden sei.

Nun gab Herr **Ciftci** einen Bericht über die Arbeit des Ausländerbeirates.

Herr Ciftci benannte als das Hauptziel des Ausländerbeirates in Kamen zwischen hier lebenden Imigranten und den Deutschen zu vermitteln, damit die kulturellen Gegensätze nicht als fremde Elemente angesehen, sondern als Bereicherung der Gesellschaft erlebt werden. Er wies daraufhin hin, dass sich in den Schulen mit einem hohen Ausländeranteil Schülerinnen und Schüler nach Nationalitäten gruppieren und die Gruppe der ausländischen Schülerinnen und Schüler sehr inhomogen seien.

Gleiches gelte für öffentliche Jugendhilfeeinrichtungen, wie die Jugendfreizeitzentren und dergleichen mehr.

Auf der anderen Seite sei auch festzustellen, dass öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Büchereien, von ihrem Angebot her wenig auf die Bedürfnisse der Imigranten eingerichtet seien.

Als ein bewährtes Mittel zur Integration nannte Herr Ciftci den Sport. Hier zeige sich, dass der Sport kulturübergreifend die Menschen zusammenbringe und hierdurch das Miteinander fördere.

Frau **Scharrenbach** begründete an dieser Stelle den Antrag der CDU-Fraktion, indem sie ausführte, dass in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses seitens des Arbeitsamtes wiederholt auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit bei ausländischen Jugendlichen und jungen Heranwachsenden hingewiesen wurde. Als Ursache seien hierfür wiederholt die geringen Deutsch- und Schulkenntnissen genannt worden. Die CDU-Fraktion wünsche sich für die hier rechtmäßig lebenden ausländischen Menschen eine Integration in die deutsche Gesellschaft, statt „Multi-Kulti“.

Herr **Kusber** führte die Diskussion nochmals auf den Ansatz der Förderung innerhalb der Kindergärten zurück und stellte die Frage, inwieweit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen auf den Umgang mit imigranten Kindern vorbereitet seien.

Frau **Nikbin** führte hierzu aus, dass die RAA in Zusammenarbeit mit den Märkischen Berufsschulen im Rahmen der Fortbildung für angehende Erzieherinnen ein Projekt gerade zu diesem Themenbereich anbiete, welches sehr stark nachgefragt werde. In nächster Zeit soll für die Ausbildung der Erzieherinnen ein Rahmenkonzept zum Thema "Imigrantenkinder" vorgelegt werden.

Frau **Lungenhausen** erklärte, dass ihrer Ansicht nach vor einer Integration von Imigranten, die Akzeptanz durch die hiesige Bevölkerung stünde, da ansonsten zwangsläufig eine Separierung von Imigranten und Deutschen erfolge.

Herr **Kaczmarek** machte die unterschiedliche Sichtweise von Integration deutlich. Er wies z. B. auf ein Ergebnis der gerade veröffentlichten Shell-Studie hin. Hierin wurde festgestellt, dass mehr als 50 % der deutschen Jugendlichen der Meinung sind, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe. Bemerkenswert sei, dass diese Meinung vor allem in Bereichen mit einem geringen Ausländeranteil vertreten werde.

Frau **Nikbin** führte dies auf die Angst des Einzelnen zurück, die durch die Gefährdung der Lebensstellung des einzelnen innerhalb der Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit und dgl. zurückzuführen sei.

Herr **Dunker** brachte die Sichtweise des Sozialraumes Kamen Nord-West in die Diskussion ein. Er machte deutlich, dass innerhalb der Sozialraumkonferenz als ein Hauptproblemfeld das Miteinander mit den ausländischen Bewohnern des Stadtteiles gesehen werde. Insbesondere die Konzentration der ausländischen Bevölkerung in einigen Straßenzügen wird als eines der Hauptprobleme erkannt. Seitens des Sozialraumes werden Projekte angestrebt, die ein stärkeres Miteinander zwischen ausländischen und deutschen Bewohnern des Stadtteils fördern. Er wies darauf hin, dass Integration nicht nur allein bei der sprachlichen Förderung stehen bleiben könne.

Er appellierte an Herrn Ciftci, seitens des Ausländerbeirates ein aktives Miteinander auf Bürgerebene zu fördern.

Frau **Bucek** ergänzte hierzu, dass sich häufig Zuwanderer nicht in unserer Gesellschaft toleriert fühlen. Häufig sei Zusammenarbeit von oben aufgedrückt und künstlich und würde daher nicht angenommen werden.

Frau **Scharrenbach** machte für die CDU-Fraktion deutlich, dass diese „Multi-Kulti“ als ein Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen und Nationen ablehne. Nach Ansicht der CDU bedeute die Integration von Ausländern nicht, dass diese sämtliche ihrer Eigenheiten aufgeben. An Herrn Ciftci gerichtet bat sie diesen, Forderungen hinsichtlich der Integration ausländischer Mitbürger zu formulieren.

Herr **Ciftci** erklärte hierzu, dass die Anliegen ausländischer Mitbürger in allen Ebenen der Politik und Verwaltung auf fruchtbaren Boden fallen. Er wünsche sich, dass insbesondere ausländische Eltern offener seien und somit den Kindern einen leichteren Umgang mit der hiesigen Kultur erlauben.

Am Ende der Diskussion machte Frau **Dyduch** deutlich, dass die im Rahmen der Diskussion genannten Beispiele deutlich mache, dass in allen Bereichen die Integration der ausländischen Einwohner gefördert werden könne. Daher schlug sie vor, dieses Thema auch im Schul- und Sportausschuss zu diskutieren. Insgesamt sei Integration, insbesondere auf kommunaler Ebene, nur in kleinen Schritten möglich.

Zu TOP 2.

78/2000

Verbesserung des Angebots für Jugendliche in Südkamen
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Lungenhausen** ergänzte den Antrag der SPD-Fraktion und wies darauf hin, dass es im Ortsteil Kamen-Süd / Südkamen seitens der Ev. Kirche nur an zwei Tagen ein offenes Angebot für Kinder angeboten werde. Angebote anderer Träger der freien oder öffentlichen Jugendhilfe in Südkamen gebe es bisher nicht. Sie erwartet aufgrund der Beschlussvorlage in der nächsten Sitzung einen Ergebnisbericht.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass die CDU sich zu dem Antrag enthalten werde. Ihrer Ansicht nach seien zuerst die Ergebnisse einer noch einzurichtenden Sozialraumkonferenz abzuwarten. Darüber hinaus bevorzuge sie die Einrichtung von Angeboten freier Träger. Sie wies darauf hin, dass die Erhebung eines SPD-Ortsvereines nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht ausreichend sei.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass er vom Ausschuss erwarte, den Auftrag mitnehmen zu können, Gespräche mit Trägern und Vereinen in Südkamen führen zu können, um kurzfristig eine Verbesserung des Angebotes für Jugendliche in Südkamen zu erreichen. Dies sei kein Vorgriff auf eine Sozialraumkonferenz und hätte auch keine Festschreibung des Angebotes zur Folge. Über die hieraus resultierenden Ergebnisse werde dann im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.

Herr **Kaczmarek** führte aus, dass innerhalb des Jugendhilfeausschusses wiederholt festgestellt werden könne, dass ein gedeihliches Miteinander von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe in Kamen gebe.

Weiterhin ergänzte er, dass Jugendliche in diesem Fall ihren Bedarf geäußert haben und erklärte, dass sie diesen jetzt hätten und sie nicht gewillt seien, länger zu warten. Hiervon unbenommen sei eine spätere Diskussion innerhalb der Sozialraumkonferenz.

Seiner Ansicht nach könne man nicht warten, bis die Sozialraumkonferenz hier zu Ergebnissen komme, da dies dazu führen werde, dass in den nächsten ein bis zwei Jahren keine Verbesserung für die Jugendlichen in Südkamen eintreten würde.

Herr **Suk** schloss sich dieser Meinung an und erklärte, dass er die Vorlage für sehr positiv halte. Die Möglichkeiten der Ev. Kirche sei in finanzieller Hinsicht ausgereizt. Das Angebot von zwei offenen Nachmittagen richte sich auch weniger an Jugendliche als an Kinder. Jugendliche würden durch das angesprochene Angebot der Ev. Kirche in der Regel nicht erreicht.

Herr **Maidorn** stellte klar, dass man mit bloßen Auge erkennen könne, dass das Angebot seitens der Kirchen und des örtlichen Jugendhilfeträgers in Südkamen nicht ausreiche. In allen Ortsteilen in Heeren, Methler und Mitte gebe es Jugendheime und Jugendzentren dieser Träger, nur in Südkamen stünde die Ev. Kirche allein mit einem offenen Angebot von zwei Tagen pro Woche. Er fände es unverständlich, erst die Gespräche innerhalb einer Sozialraumkonferenz abwarten zu wollen. Im Übrigen sehe die Beschlussvorlage vor, dass nach Einrichtung dieser Angebote kurzfristig eine Wirksamkeitsprüfung erfolgen soll.

Frau **Bucek** erklärte für die Fraktion der Grünen, dass sie den Antrag und den hierzu vorliegenden Beschlussvorschlag begrüße.

Daraufhin wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Angebot zur Verbesserung der Freizeitsituation für Jugendliche in Südkamen insofern zu koordinieren, als das aktuelle Angebot zu einer attraktiven Zeit an einem attraktiven Wochentag in Abstimmung mit den Nutzern zeitlich erweitert wird.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 3.

77/2000

Beteiligung von Nachbarn, Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben im Bereich der Spielplätze und Freizeiteinrichtungen hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 06.03.2000 und Antrag der CDU-Fraktion vom 13.03.2000

Frau **Lungenhausen** führte aus, dass es sich bei den Anträgen der CDU- und SPD-Fraktion um zwei sehr gleichartige Anträge handele. Anhand der Vorstellung der Planung an der Wittenberger Straße hätte sich gezeigt, dass das Angebot sehr gut angenommen würde.

Frau **Scharrenbach** betonte, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nur auf die Information und nicht auf die Beteiligung bei Planung, Überplanung und Errichtung von Kinderspiel- und Bolzplätzen abziele. Sie beantragt daher den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Herr **Güldenhaupt** erläuterte, dass bei den 3 weiteren Maßnahmen (Händelstraße, Bergstraße und zwischen den Kirchen/Kirchplatz) solch eine öffentliche Beteiligung durchgeführt werde, bei der sich Nachbarschaft, Kinder und Jugendliche informieren und eventuell auch noch Änderungswünsche einbringen können.

Nach einer Diskussion wurde der Beschlussvorschlag geringfügig erweitert und folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Planung, Überplanung und der Errichtung von Kinderspiel- und Bolzplätzen sowie Freizeiteinrichtungen eine umfassende Information und Beteiligung der Nachbarn der Kinder und Jugendlichen vor Ort anzubieten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

57/2000

Beauftragung der Werkstatt Unna GmbH mit der Durchführung der Maßnahme "Öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten" an der Bergstraße, Händelstraße, Wittenbergerstraße und am Kirchplatz in 59174 Kamen
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die nachfolgende gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW genehmigt:

Die Werkstatt Unna wird mit der Durchführung der Maßnahme "Öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten" an der Bergstraße, Händelstraße, Wittenbergerstraße und am Kirchplatz in 59174 Kamen beauftragt. Die Auftragssumme wird maximal 669.225,00 DM brutto betragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

76/2000

Änderung der gemeinsamen Richtlinien der Jugendämter des Kreises Unna für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)
hier: Änderung der Richtlinien des Jugendamtes der Stadt Kamen für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Nach kurzer Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Richtlinien des Jugendamtes der Stadt Kamen für Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) werden in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form beschlossen. Die Richtlinien treten mit Wirkung vom 01.05.2000 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Freizeitmaßnahmen des Jugendamtes in den Sommerferien 2000
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** berichtete über geplanten Freizeitmaßnahmen des Jugendamtes in den Sommerferien 2000 und stellte fest, dass als Besonderheit erstmalig nicht ein Angebot der einzelnen Jugendzentren geplant sei, sondern ein Gesamtveranstaltungsprogramm vorgelegt werde.

Herr **Theis** bat zu prüfen, ob es möglich sei, dass das Spielmobil auch in Südkamen innerhalb der Sommerferien Station mache.

Herr **Dunker** bedankte sich für diese Anregung und erklärte, dass dies sicherlich möglich sei.

Zu TOP 7.

Vorstellung des Geschäftsberichtes des Jugendamtes für das Jahr 1999

Herr **Güldenhaupt** führte aus, dass er sich freue, nunmehr den zweiten Geschäftsbericht des Jugendamtes vorzulegen. Dieser mache die Arbeitsschwerpunkte für Außenstehende und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses deutlich. Hierin sei auch ein Teil der Imagepflege des Jugendamtes zu sehen. Darüber hinaus bedanke er sich an dieser Stelle bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den anderen freien Trägern in der Stadt für die geleistete Arbeit im letzten Jahr.

Diesem Dank schloss sich Frau **Dyduch** im Namen des gesamten Jugendhilfeausschusses an.

Zu TOP 8.

Kite 2000
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** wies darauf hin, die gemeinsam mit dem Stadt- und Kreisjugendring organisierte Veranstaltung Kite neben dem Altstadtfest die größte Veranstaltung in Kamen mit über 25.000 Besuchern sei. Er stellte einige Änderungen im Programm und Ablauf des am 13. und 14. Mai ablaufenden Drachenfestes vor.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

9.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1.1 Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass dem Antrag der DRK-Kindertageseinrichtung „Monopoli“ auf Erweiterung des Angebotes für die Betreuung von Schulkindern nicht entsprochen werden konnte, da eine Umfrage bei allen 21 Kindertageseinrichtungen ergeben habe, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz in diesem Jahr alle vorhandenen Plätze benötigt würden. Es würden allerdings noch Einzelgespräche bei besonderem Bedarf geführt.

9.1.2 Herr **Maidorn** teilte mit, dass der Stadtjugendring am vergangenen Wochenende für die ihm angeschlossenen Jugendverbände und -vereine eine Mitarbeiterschulung durchgeführt habe. Aufgrund der positiven Ergebnisse seien weitere Veranstaltungen dieser Art im laufenden Jahr geplant. Er wollte hiermit deutlich machen, dass sich die Arbeit des Stadtjugendringes nicht einzig und allein auf die Veranstaltung von Kite beschränke.

9.2 Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer